



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 19/14

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Barrierefreiheit für Hörgeschädigte in DB-Zügen – Informationstechnik



Gemeinsam mit meinem Kollegen Uwe Schummer, Behindertenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich mich schriftlich an den DB-Chef Dr. Rüdiger Grube gewandt, um auf ein Thema aufmerksam zu machen, welches an uns bei der Veranstaltung im Bildungs- und Beratungszentrum in Stegen am 21. Oktober von hörgeschädigten Schülerinnen und Schülern herangetragen wurde. „Der Mensch im Mittelpunkt“ war das Motto der gut besuchten Veranstaltung. Rund 70 Personen beteiligten sich an der Diskussion zum geplanten Bundesteilhabegesetz. Viele Themen und Probleme wurden angesprochen, darunter die für Hörgeschädigten ungenügende Informationstechnik in DB-Zügen. Durchsagen im Zug werden von ihnen ohnehin schwer bzw. oft gar nicht verstanden. Aktuelle Durchsagen, die auf Unfälle oder wichtige Verspätungen hinweisen, können ebenfalls nicht wahrgenommen werden. Sie sind daher auf Hilfe von anderen Menschen angewiesen, was sie in ihrer Selbstständigkeit extrem beeinträchtigt. Zudem müssen Betroffene oft ihre Behinderung als Grund für die Nachfrage angeben, was von vielen als unangenehm empfunden wird. Eine Informationsweitergabe auf den Anzeigetafeln in Zügen würde für

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Ein Thema, das diese Sitzungswoche ganz besonders im Fokus stand, betrifft die Beihilfe zur Selbsttötung. Ein Thema, das die Gemüter bewegt und spaltet. „Gewerbsmäßige“ Beihilfe zum Suizid müssen wir verhindern. Das „Geschäft mit dem Tod“ muss meiner Ansicht nach unter Strafe gestellt werden. Hinter dem Wunsch zu Sterben verbirgt sich oft der Ruf nach Hilfe, die sich auf Änderung der Lebenssituation bezieht. Hier muss man durch Schmerzlinderung, und vor allem psychologische und seelsorgerische Hilfe versuchen zu helfen. Ein Sterbewunsch ist daher immer zu hinterfragen.*

*Eine große Freude war für mich das Treffen mit den Gastronomen und Hoteliers aus dem Wahlkreis beim DEHOGA-Branchentag in Berlin (S. 3). In einer entspannten und freundlichen Atmosphäre berichteten mir die Wirte über ihre Arbeit.*

*Meine mittlerweile fünfte Bundestagsrede, diesmal zum Gesetz zum Vorschlag eines Dreigliedrigen Sozialgipfels, hätte ich gerne im Bundestag vorgelesen. Da der Tagesordnungspunkt jedoch zu Protokoll ging, folgte ihm auch die Rede (S. 2).*

*Noch insgesamt drei Sitzungswochen werden in diesem Jahr im Deutschen Bundestag abgehalten, bevor der Jahreswechsel ansteht. In der nächsten Sitzungswoche setzen wir die Beratung zum Bundeshaushalt 2015 fort.*

*Herzliche Grüße  
Ihre*

die Betroffenen eine deutliche Verbesserung bedeuten. Aktuelle Informationen sollten daher immer auch über die Anzeige kommuniziert werden. Dies würde das Reisen für Menschen mit Behinderung erheblich erleichtern und zu ihrer selbstbestimmten Teilhabe und Mobilität beitragen. In einem persönlichen Gespräch mit dem DB-Chef möchten Uwe Schummer und ich demnächst diese Problematik, aber auch das Thema Barrierefreiheit in Zügen und auf Bahnhöfen allgemein vertiefen.

## **2. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales – „Belange von Menschen mit Behinderung“**

Eine Reihe von Sachverständigen beantworteten in einer öffentlichen Anhörung unsere Fragen zum Reformbedarf in der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In der Zielsetzung der Stärkung des Wunsch- und Wahlrechts der Menschen mit Behinderungen war man sich unter den Sachverständigen einig. Was den Weg dorthin angeht, so gehen die Meinungen auseinander. Eine Zusammenfassung zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

## **3. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) beantwortet Fragen der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe zum Entwurf eines Gesetzes zur Tarifeinheit**

Durch eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip soll die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie gesichert werden. Gegenwärtig wird die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie durch Tarifkollisionen beeinträchtigt. Tarifkollisionen sollen nach dem Grundsatz der Tarifeinheit aufgelöst werden, wenn die Gewerkschaften die zwischen ihnen bestehenden Interessenkonflikte autonom nicht lösen können. Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen u.a. seitens der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Der Bund sieht in dem Gesetz einen Eingriff in grundgesetzlich garantierte Arbeitnehmerrechte und damit eine Gefahr für die Ausübung des Grundrechts nach Art. 9 III GG, wonach das Recht Gewerkschaften zu gründen, „für jedermann und für alle Berufe gewährleistet“ ist.

## **II. Die Woche im Parlament (Auszug)**

### **1. Bundestagsrede zum Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung**



Meine fünfte Rede im Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates über einen Dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung ging diesmal zu Protokoll. Der Dreigliedrige Sozialgipfel dient als Austauschplattform zwischen, wie der Name schon sagt, drei Protagonisten: dem Rat, der Europäischen Kommission und den Sozialpartnern. Die Rolle der Sozialpartner und der soziale

Dialog sollen gefördert werden, und das unter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner. Die gemachten Erfahrungen zeigen, dass der Gipfel einen positiven Beitrag zur Förderung des sozialen Dialogs auf Unionsebene leistet. Komplette Rede zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

## 2. Vierstündige Orientierungsdebatte zur Sterbebegleitung

Die Diskussion um das Thema Suizidbeihilfe bewegt die Menschen in unserem Lande. Es handelt sich um eine emotionale und kontrovers geführte Debatte, die die Frage betrifft, wie unsere Gesellschaft mit Alter, Krankheit und Tod umgeht. Es geht dabei um Menschenwürde, Lebensschutz und das Recht auf Selbstbestimmung, aber auch um das Signal für die Gesellschaft, das wir beim Umgang mit dem menschlichen Leben in der letzten Lebensphase geben. Wir sehen mit Sorge, dass sogenannte „Sterbehilfeorganisationen“ für ihre „Dienstleistung“ aktiv werden und eintreten. Hierbei können sie sich derzeit darauf berufen, dass ihr Vorgehen unter strafrechtlichen Gesichtspunkten nicht geahndet werden kann. Hier besteht die Gefahr, dass Hemmschwellen weiter abgesenkt und der Suizid als „einfacherer“ Weg für sich und die Angehörigen in einer Krisensituation angesehen wird. Das kann zu einem erhöhten sozialen Druck führen. Auch ist zu befürchten, dass Einfallstore geöffnet werden, die die Gefahr für eine weitere Entwertung des Lebens in sich bergen: etwa die in Belgien erlaubte „Sterbehilfe“ für Kinder und Jugendliche oder die neuerlichen Bestrebungen in den Niederlanden, „Sterbehilfe“ auch für Behinderte zuzulassen.

Ich setze mich daher dafür ein, dass wir eine gesetzliche Regelung finden, die den „Geschäften mit dem Tod“ sichtbar und nachhaltig die Grundlage entzieht. Hierzu ist es aus meiner Sicht notwendig, einen eigenständigen Straftatbestand zum Verbot organisierter Suizidhilfe zu schaffen, indem die „geschäftsmäßige“ Beihilfe zum Suizid unter Strafe gestellt wird.

### III. Sonstiges

#### 1. Gastronomen und Hoteliers aus dem Wahlkreis beim DEHOGA-Branchentag in Berlin



(Bild (privat) von links: Michael Erfurth, Hotel Erfurths Bergfried Hinterzarten; Gabriele Schmidt MdB; Klaus-Günther Wiesler, Seehotel Wiesler, Titisee; Thomas Zimmermann, Brauerei Gasthof Waldhaus; Alexandra Mußler, Dehoga-Kreisvorsitzende Lörrach und Hermann Pfau, Hotel Feldeck in Lauchringen)

Weit mehr als 1000 Vertreterinnen und Vertreter aus Gastronomie und Hotellerie ließen es sich nicht nehmen, zum DEHOGA- Branchentag nach Berlin zu kommen, darunter eine Delegation aus der Region. Michael Erfurth vom Hotel Erfurths Bergfried aus Hinterzarten, Klaus-Günther Wiesler vom Seehotel Wiesler in Titisee, Thomas Zimmermann von der Brauerei Gaststätte Waldhaus und Hermann Pfau vom Hotel Feldeck in Lauchringen kamen nach Berlin, um sich über die aktuellen Themen in der Politik und Wirtschaft auszutauschen. Am Rande des attraktiven Programms, mit unter anderem einer Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, kamen wir ins Gespräch. Ein Thema, das den Bundesverband nach wie vor bewegt, sind die mit der Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro verbundenen und möglicherweise nachteiligen Auswirkungen auf das Gaststättengewerbe. Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Hotellerie und Gastronomie beispielsweise bei der Arbeitsaufzeichnungspflicht im Zusammenhang mit der täglichen Höchstarbeitszeit. Das Arbeitszeitgesetz ist zwar seit langem geltendes Recht, das nach Angaben der Wirte auch weitestgehend eingehalten wird, befürchtet werden aber verschärfte Prüfungen im Zusammenhang mit dem Mindestlohn. Thomas Zimmermann von der Brauerei Gasthof Waldhaus berichtete mir von dem Ausbildungskonzept, welches er erfolgreich in seinem Gasthof betreibt. Er lud mich zu einem Besuch in seinem Betrieb ein, um das Konzept vorzustellen.

## 2. Gemeinsame Operative Dienstgruppe (GOD) zwischen der deutschen Bundespolizei und dem schweizerischen Grenzwachtkorps (GWK)



Der Schweizerische Botschafter Tim Guldemann hat diese Woche anlässlich der Unterzeichnung der Absichtserklärung über eine gemeinsame Operative Dienstgruppe zwischen der deutschen Bundespolizei und dem schweizerischen Grenzwachtkorps in die Residenz der Schweizerischen Botschaft eingeladen. Bereits im März 2013 fiel der Startschuss für diese neue Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, nachdem im Januar 2013 das Projekt ins Leben gerufen wurde. Gemeinsame „binationale“ Streifen werden sogar schon seit 2007 auf Grundlage des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages gefahren. Die Bilanz der GOD in der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität ist durchweg positiv. Jürg Noth, Chef des Grenzwachtkorps und einer der Hauptinitiatoren des Projekts und der Präsident des Bundespolizeipräsidiums Dr. Dieter Romann unterzeichneten nun offiziell die Absichtserklärung.

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 18. November, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

**2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):**

- 15. November:** • Jubiläumsfeier / 50 Jahre Schwarzwaldverein, Häusern
- 17. November:** • SGB II-Gespräch LRA Breisgau-Hochschwarzwald
- 18. November:** • Besuch der Justus-von-Liebig-Schule Waldshut
- 18. November:** • BeneVit Pflege – Haus Apfelblüte, Klettgau
- 20. November:** • Besuch der Realschule Tiengen
- 20. November:** • Bundesweiter Vorlesetag, Grundschule Eggingen
- 20. November:** • Vortrag zu meinem „Tag in der Pflege“ bei der Mitgliederversammlung Kirchliche Sozialstationen Hochrhein e.V.